

# Herbert Reul: CDU muß umsteuern

## *Liebe Freunde,*

es hilft keine Schönfärberei: Die Ausgangsposition der CDU zu Beginn des Wahljahres 1994 ist ungünstig. Das Stimmungsbild für unsere Partei ist — vorsichtig gesagt — sehr verbesserungswürdig. Wir in Nordrhein-Westfalen leben dabei nicht auf einer Insel der Seligen. Wenn die Lage der CDU Deutschlands insgesamt schwierig ist, kann der mit 212 000 Mitgliedern größte Landesverband nicht fröhliche Feste feiern.

Deshalb ist vollkommen klar, daß die, wie ich finde gute, zum Teil risikoreiche, aber notwendige programmatische und strukturelle Kursbestimmung, die die nordrhein-westfälische CDU in den letzten Jahren vollzogen hat, im öffentlichen Meinungsbild durch die allgemeine politische Stimmungslage überdeckt wird.

Dabei kann sich das, was wir in den letzten Jahren geschafft haben, sehen lassen: Wir haben inhaltlich Bausteine für Bausteine die politischen Schwerpunktthemen abgearbeitet. Wir haben:

- auf dem Parteitag in Bonn eine bildungspolitische Neuorientierung vorgenommen, die für die Partei nicht leicht war,
- ein Konzept zur Inneren Sicherheit verabschiedet,
- durch die Fraktion maßgeblich die Asyldebatte mitbestimmt und den Asylkompromiß vorangetrieben,
- in der Verkehrspolitik ein in sich geschlossenes Konzept verabschiedet,
- in Sachen Wirtschaftspolitik unsere Vorstellungen vom Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen vorgelegt.

Dem ganzen Komplex „Neuorientierung der Parteien“ haben wir uns nicht verschlossen, vielmehr sogar eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik wahrgenommen. Wir haben erfolgreich erste Schritte zur Reform der Parteistruktur in Angriff genommen und gleichzeitig — das gehört ja auch in dieses Kapitel — anscheinend erfolgreich für mehr direkte Demokratie und ein strafferes kommunales Management in unseren Kommunen gekämpft.

Gerade das letzte Beispiel zeigt im übrigen, daß es sehr wohl möglich ist, mit konsequenter und geradliniger Oppositionspolitik den Kurs dieses anscheinend so unbeweglichen Tankers SPD zu verändern und Politik in diesem Land gestalten zu können.

Wir müssen alles daran setzen, uns als die andere Partei, die Partei der Erneuerung glaubwürdig zu präsentieren. Dies im Gegensatz zu einer verfilzten, unbeweglichen SPD, die, wenn überhaupt, nur durch den Druck der Opposition zu politischer Innovation getrieben werden kann. Nur dann haben wir eine Chance, in Nordrhein-Westfalen eine andere Mehrheit gestalten zu können.

Mir ist aber ebenso klar, daß dies nur gelingen wird, wenn die allgemeine Stimmungslage für die CDU günstig ist. Das heißt für uns, daß wir als größter Landesverband eine besondere Verpflichtung haben, alles daran zu setzen, damit sich die Stimmungslage wendet, damit die Politik der CDU den Menschen attraktiv und glaubwürdig erscheint.

Deshalb werden wir uns in die Bundespolitik in den kommenden Wochen und Monaten verstärkt einmischen. Wir

haben dies in der Vergangenheit bereits getan und auch beachtliche Erfolge erzielt. Ich möchte nur erinnern, daß auf Initiative der NRW-CDU der Bundesparteitag in Düsseldorf die Frage „Finanzierung der Einheit“ auf die Tagesordnung gesetzt hat und dort Beschlüsse gefaßt worden sind. Im vergangenen Jahr in Berlin sind unsere bildungspolitischen Vorstellungen, die wir in Bonn entwickelt haben, von der Bundespartei übernommen worden. In Sachen Verkehr — ich sage nur das Stichwort Vignette — haben wir erfolgreich einen heftigen Streit mit Bonn ausgefochten, auf den Asylkompromiß habe ich bereits hingewiesen.

Doch punktuelle Einmischung reicht nicht aus. Ich denke, daß wir politisch nur bestehen können, wenn wir es schaffen, ein neues Politikverständnis bei den Menschen zu erreichen. Die Zeiten des alten Politikverständnisses der 80er Jahre sind jedenfalls vorbei.

Das Motto „Weiter so Deutschland“ galt vielleicht 1987, jetzt ist es überholt. Deshalb ist die CDU dringend aufgefordert, einen Moment innezuhalten, nachzudenken und dann konzentriert durchzustarten. Versprechungen sollen ruhig die anderen machen. Wir müssen uns auf allen Ebenen von den Gemeinden bis hin zum Bund als Partei der schonungslosen Wahrheit erweisen.

Und diese Wahrheit heißt: Wir müssen umsteuern, vor allen Dingen für eine neue Mentalität werben. Wir müssen weg von der Versorgungsgesellschaft, hin zur Verantwortungsgesellschaft. Gebraucht werden Risikobereitschaft, Wagemut und Ideenreichtum. Bedenkenträger haben wir genug.

Allerdings muß ich auch ganz klar sagen, Partei der Wahrheit heißt nicht Partei der

täglichen Verunsicherung. Partei der Wahrheit heißt, sich auf die zentralen Probleme des Standortes Deutschland zu konzentrieren, Probleme, die jetzt konkret anliegen, und sie solidarisch und geschlossen einer Lösung zuzuführen.

Das heißt nicht, daß wir jeden Tag ein neues Faß aufmachen nach dem Motto „Welche Bevölkerungsgruppe haben wir noch nicht verunsichert“ und Fragen — ich denke hier zum Beispiel an das Thema Renten —, die nicht akut sind, auf einmal zum brennenden Problem hochzustilisieren.

Die Qualität von Führungskräften der CDU Deutschlands wird nicht daran gemessen, mit wieviel verschiedenen Themen sie zwischen Weihnachten und Neujahr in der Zeitung stehen oder im Fernsehen zu sehen sind. Die Menschen haben genügend Ängste und Sorgen vor der Zukunft, vielfach berechtigt. Aufgabe der Politik ist, diese Probleme zu lösen und nicht dafür zu sorgen, die Menschen mit Problemen zu verunsichern, die gar keine sind.

Das zentrale Problem dieser Bundesrepublik, ein Problem, an dem mit Sicherheit der Erfolg der Bundesregierung gemessen

**HINWEIS:** Die jetzt anstehenden Wahlen erfordern einen großen organisatorischen Aufwand, der bis hin zu bestimmten Formularen, Fachliteratur sowie Wahlzubehör reicht.

Der Deutsche Gemeindeverlag Kohlhammer, Postfach 400263, 50832 Köln, Telefon (02234) 1060-263, Telefax (02234) 106-284, bietet ein komplettes Serviceangebot für die Parteien an. Prospekte können beim Verlag angefordert werden.

wird, ist die Frage, ob die Union ein erkennbares Konzept für mehr Beschäftigung vorlegen kann, einen schlüssigen, wenn vielleicht auch an einigen Punkten schmerzlichen Weg zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands. Deshalb wird sich die nordrhein-westfälische CDU entschieden dafür einsetzen, daß sich der jetzt anstehende Bundesparteitag im Februar in Hamburg schwerpunktmäßig mit der Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland beschäftigt.

So wichtig die Beschäftigung mit dem neuen Grundsatzprogramm ist — hier wird die CDU NRW in Kürze auch ihre Änderungsvorschläge vorlegen —, von Hamburg müssen vor allem klare Signale an die Wählerinnen und Wähler ausgehen, wie die CDU die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland meistern will.

Wir müssen neue Felder von Beschäftigung erschließen. Steuerliche Erleichterungen für Privathaushalte können da helfen.

Wir müssen wieder mehr Raum für Eigeninitiative schaffen und bürokratische Wasserköpfe abbauen. Das bedeutet ein uneingeschränktes Ja der CDU zum Konzept der Privatisierung öffentlicher Leistungen.

Ich bleibe bei meiner Forderung, daß wir neue politische Schwerpunkte setzen müssen, gerade im Bereich Wissenschaft und Forschung. Der Rückfall des Standorts Deutschlands in diesen Bereichen ist dramatisch. Der bis jetzt aufgebrachte Einsatz des Bruttosozialproduktes für Forschung und Wissenschaft reicht im internationalen Wettbewerb nicht aus. Der Staat muß hier deshalb die Rahmenbedingungen verändern und wieder wettbewerbsfähig werden. Dazu brauchen wir

einen nationalen Technologierat, der Zukunftsinvestitionen vorschlägt.

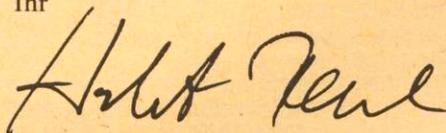
Wir erreichen so eine Bündelung und Unterstützung von privaten und staatlichen Forschungsanstrengungen. Ich halte weiterhin die Straffung des Zukunftsmanagements in Bonn für unerlässlich. Ich persönlich bleibe dabei, es ist sinnvoll und nötig, die Bereiche Forschung, Bildung und Telekommunikation in einem leistungsstarken Zukunftsministerium zusammenzufassen.

Ich glaube, daß die Menschen in Deutschland inzwischen wissen, daß sie sich auf veränderte Verhältnisse einzurichten haben. Sie sind bereit, Verzicht zu üben. Ich bin sogar überzeugt, daß die Bürger eher als manche in der Politik zu mutigen Entscheidungen bereit sind. Allerdings müssen sie den Eindruck haben, daß es dabei sozial gerecht zugeht. Und ich betone ausdrücklich, die CDU als Volkspartei hat dies auch als Richtschnur ihres Handelns zu beachten.

Die entscheidende Frage in diesem Jahr lautet: Wem trauen die Bürger zu, den unumgänglichen Wandel so zu gestalten, daß unser Land sicher in die Zukunft geht. Ich denke, wenn wir bereit sind, mutige Entscheidungen zu treffen, haben wir als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stets bewiesen hat, daß sie für wirtschaftlichen Fortschritt, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit steht, trotz des aktuellen Stimmungstiefs eine gute Chance.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Hartmut Schauerte, finanzpolitischer Sprecher  
der CDU-Landtagsfraktion:

# Die CDU-Landtagsfraktion auf konsequentem Sparkurs

SPD verweigert Linie der Vernunft

**Bei den gerade abgeschlossenen Haushaltsberatungen im nordrhein-westfälischen Landtag hat die CDU-Landtagsfraktion ihre konsequente Sparlinie auch 1994 weiter fortgesetzt.**

Sie hat insgesamt 200 Einzelanträge gestellt — die alle von der SPD-Mehrheitsfraktion abgelehnt wurden —, die das Haushaltsvolumen um 1,5 Milliarden DM von 82,8 Milliarden DM auf rund 81,3 Milliarden DM reduziert hätten. Im Jahr 1993 hatte das Haushaltsvolumen 79,5 Milliarden DM betragen.

Die Steigerungsrate des Haushalts gegenüber dem Haushalt 1993 hätte dann nicht mehr, wie jetzt von der Landesregierung umgesetzt, 4,1 Prozent, sondern lediglich 2,2 Prozent betragen. Dies wäre in der heutigen Zeit vertretbar gewesen. Die Steigerungsrate, die die Landesregierung vollzogen hat, ist eindeutig zu hoch.

Der Betrag von 1,5 Milliarden DM Haushaltsreduzierung, den die CDU vorgeschlagen hat, setzt sich wie folgt zusammen:

Einsparung Personalausgaben durch differenzierte Nullrunde	600 Mio. DM
--	-------------

Erhöhung der globalen Minderausgabe	rund 750 Mio. DM
Sonstige Einsparungen (Saldierung aus Erhöhungs- und Verminderungsanträgen)	rund 150 Mio. DM
Insgesamt	1 500 Mio. DM

Nach den Plänen der Landesregierung soll die Nettokreditaufnahme unverantwortliche 7,1 Milliarden DM betragen. Dieser Betrag hätte nach den Vorschlägen der CDU-Fraktion um 2,67 Milliarden DM reduziert werden können; und zwar auf rund 4,4 Milliarden DM.

Diese Reduzierung um 2,67 Mrd. DM setzt sich zusammen aus:

Einsparungen (s. oben)	1,50 Mrd. DM
Einnahmeverbesserungen	rund 0,07 Mrd. DM
Auflösung der Rücklage	1,10 Mrd. DM
Insgesamt	2,67 Mrd. DM

Hinsichtlich der Rücklage weigern sich der Finanzminister und die SPD, in diesem Jahr die gebotene Linie der Vernunft einzuschlagen, um im Haushaltsjahr 1995 (Wahljahr) die jetzt schon mögliche und unbedingt notwendige Reduzierung der Nettoneuverschuldung dann als „Wahlkampfeschlager“ verkaufen zu können. ■